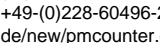




Tierschutz-Blockade durch CDU im Bundesrat: Tierschutzgesetz kommt nicht in den Vermittlungsausschuss

Tierschutz-Blockade durch CDU im Bundesrat: Tierschutzgesetz kommt nicht in den Vermittlungsausschuss
In der Länderkammer gab es heute zu der Abstimmung über das Tierschutzgesetz keine Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschusses. Der Deutsche Tierschutzbund kritisiert das Abstimmungsverhalten scharf: Damit bleibt das Tierschutzgesetz ein Tiernutzgesetz und das Staatsziel Tierschutz eine inhaltsleere Floskel. Die Länderkammer hatte im Vorfeld zahlreiche Verbesserungen vorgeschlagen, diese wurden jedoch von der Bundesregierung und durch die Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag weitgehend ignoriert. Die Chance, den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anzurufen, wurde vertan, nachdem offenbar auf die Bundesländer mit CDU-Regierungsbeteiligung massiv Druck von Seiten der Bundesregierung aufgebaut wurde. "Offenbar wollte die Bundesregierung vermeiden, dass der Streit über Änderungen am Tierschutzgesetz in einem Vermittlungsausschuss für den Wähler offensichtlich wird. Die Tiere wären damit einer Machtpolitik geopfert worden. Dabei wäre gerade der Vermittlungsausschuss die Chance gewesen, konstruktiv mit den Ländern nach Lösungen zu den dringenden Tierschutzfragen zu suchen. Jetzt wird durch die Bundesregierung eine Tiernutzpolitik festgeschrieben, die Chance das Staatsziel Tierschutz mit Leben zu erfüllen wurde vertan", kritisiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Die Länderkammer hatte im Vorfeld zahlreiche Verbesserungen vorgeschlagen, diese wurden jedoch von der Bundesregierung und durch die Regierungsfractionen CDU, CSU und FDP im Deutschen Bundestag weitgehend ignoriert. Das war möglich, da der Länderkammer lediglich ein Einspruchsrecht zugeordnet wurde. Der schon ungenügende Regierungsentwurf wurde aus Tierschutzsicht durch die CDU, CSU und FDP-Regierungsfractionen sogar noch verschlechtert: So wurde u.a. das Verbot des Brandzeichens gestrichen, das Verbot der unbetäubten Ferkelkastration in weite Zukunft geschoben; weitere dringende Tierschutzfragen in der landwirtschaftlichen Tierhaltung wurden von der Bundesregierung und den Regierungsfractionen komplett ignoriert. Mit dem heutigen Votum der Länderkammer bleiben zudem dringende Regelungen in vielen Bereichen, z. B. bei Themen wie Wildtierversuche im Zirkus und Tierversuche, ebenso auf der Strecke. "Die Bundesregierung hat alles dazu getan, die Länderkammer auszuschalten. Wir hoffen, dass die Länder auch in Hinblick auf das föderale Prinzip jetzt prüfen, ob das Verfahren überhaupt verfassungsgemäß ist", fügt Schröder an und: "Unser Tierschutz-Bundestagswahlkampf begonnen. Wir werden transparent machen, wer Politik für oder gegen Tiere macht, bis hinein in die Wahlkreise".
Deutscher Tierschutzbund e.V. Baumschulallee 15 53115 Bonn
Telefon: +49-(0)228-60496-24
Telefax: +49-(0)228-60496-41
Mail: presse@tierschutzbund.de


Pressekontakt

Deutscher Tierschutzbund

53115 Bonn

presse@tierschutzbund.de

Firmenkontakt

Deutscher Tierschutzbund

53115 Bonn

presse@tierschutzbund.de

Der Deutsche Tierschutzbund wurde im Jahre 1881 als Dachorganisation der Tierschutzvereine und Tierheime in Deutschland gegründet, um dem Missbrauch von Tieren wirksamer entgegenzutreten zu können. Heute sind ihm 16 Landesverbände und über 700 örtliche Tierschutzvereine mit mehr als 500 vereinseigenen Tierheimen und mehr als 800.000 Mitgliedern aus allen Teilen der Bundesrepublik angeschlossen. Damit ist der Deutsche Tierschutzbund Europas größte Tier- und Naturschutzdachorganisation. Als Dachorganisation erhält der Deutsche Tierschutzbund von den ihm angeschlossenen Vereinen einen Mitgliedsbeitrag. Dieser beträgt für Tierschutzvereine und korporative Mitglieder für je angefangene 100 Mitglieder bzw. je angefangene 1.000 Mitglieder ? 55,00. Der Betrag ist so gering, weil die meisten Tierschutzvereine für ihre eigene Tierschutzarbeit und vor allem für vorübergehende Unterbringung und Versorgung in Not geratener Tiere, im vereinseigenen Tierheim oder privat, selbst dringend Geld brauchen. Der Deutsche Tierschutzbund ist daher keineswegs so finanzstark, wie mancher aufgrund der großen Mitgliederzahl vermutet. Für unseren Jahreshaushalt für Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit, die Mitarbeit in Gremien und für den Informations- und Beratungsservice benötigen wir daher dringend die Unterstützung von fördernden Mitgliedern und von tierliebenden Menschen, die den Deutschen Tierschutzbund in ihrem Testament bedenken. Jede Spende hilft uns bei unserem Einsatz für die Tiere. Angesichts der Milliarden, die die Industriezweige für Kampagnen und Werbung ausgeben, die Tiere für ihre Interessen - also für das Geschäft - ge- und missbrauchen, wünschen wir uns in Zukunft mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben. Unsere fördernden Mitglieder helfen uns den Tieren zu helfen. Um gegen die Übermacht der Tiernutzer ein Gegengewicht zu schaffen, ist nicht nur Geld erforderlich. Jede Stimme, die sich für die Tiere erhebt, trägt dazu bei zu erreichen, dass Tieren in unserer Obhut endlich ein tiergerechtes Leben ohne Leiden gewährt wird.